

reicht nicht, lediglich das relativ leicht meßbare und deshalb als Leitnuklid gewählte Radiocäsium zu betrachten.

- Die gesundheitlichen Folgen beschränken sich nicht auf Erkrankungen und Krebs der Schilddrüse. Wegen der größeren Einwohnerzahl ist in Westeuropa mit mehr Gesundheitsschäden durch die Reaktorkatastrophe zu rechnen, als in den Ländern nahe Tschernobyl, obwohl die

durchschnittlich erhaltene Strahlendosis des Einzelnen bei uns viel niedriger ist als dort. Wen es trifft, den trifft es voll. Um so aufmerksamer sollten wir die Berichte über das Ausmaß und die Vielfalt der gesundheitlichen Schäden in der Ukraine, in Weißrußland und in Rußland verfolgen.

### Schlußfolgerung

In der Folge der Reaktorkata-

strophe vor 20 Jahren hat sich in der Wahrnehmung und Behandlung von Radioaktivität ein Wandel vollzogen. In den Interessenkonflikten um den Atomausstieg hat das dazu geführt, daß der Strahlenschutz in Deutschland abgeschwächt wurde, sogar über das von der EU geforderte Maß hinaus. Eine ökonomische Deckelung wurde eingeführt und der Grundsatz des Minimierungsgebots aufgegeben. Wir gehen

tatsächlich heute nicht vorsichtiger, sondern nachlässiger mit der Radioaktivität um. Dem Fatalismus aber sollte nicht nachgegeben werden, denn die gesundheitlichen Folgeschäden sind größer als gerne behauptet.

Vortrag am 26. April 2006 in der Fachhochschule Fulda, Fachbereich Oecotrophologie, Biochemie und Analytik, anlässlich der Veranstaltung 20. Jahrestag Tschernobyl. ●

## Tschernobyl-Folgen

# Streit um Tschernobyl-Opferzahlen

### „Den Behörden nicht vertrauen“

Nach Auffassung der atomkritischen Ärzteorganisation IPPNW kann der Streit um die Opfer der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl beigelegt werden, wenn die zuständigen staatlichen oder staatsnahen Behörden und wissenschaftlichen Fachgremien dazu übergehen, seriöse und öffentlich nachvollziehbare wissenschaftliche Fakten zu veröffentlichen. „Wir brauchen den makaberen Streit um die Tschernobyl-Opfer nicht“, erklärte der IPPNW-Atomexperte Henrik Paulitz am 26. April 2006 anlässlich des 20. Jahrestages der Atomkatastrophe. „Es würde uns vollständig genügen, wenn die zuständigen Behörden und die offiziellen Organisationen damit aufhören würden, ihre eigenen Zahlen zu manipulieren und die Öffentlichkeit zu täuschen.“ Die Internationale Atomenergie Organisation IAEA und die Weltgesundheitsorganisation WHO haben sich nach Auffassung der IPPNW mit ihrer Vorgehensweise selbst ins Abseits gestellt.

„Entgegen so mancher Erwartungshaltung und entgegen

dem öffentlichen Eindruck haben die IPPNW und auch andere atomkritische Organisationen den offenkundig falschen Zahlen von IAEA und WHO keine vermeintlich richtigen Zahlen entgegengesetzt. Das haben wir in unserer Studie auch sehr deutlich gemacht und auf die zahlreichen methodischen Schwierigkeiten hingewiesen“, erklärte Paulitz. „Anhand von wissenschaftlichen Arbeiten haben wir allerdings aufgezeigt, mit welchen Größenordnungen man es zu tun hat und mit welchen Gesundheitsfolgen wir uns befassen müssen.“

Nach Auffassung der Ärzteorganisation gibt es ein durchaus berechtigtes Interesse der Öffentlichkeit, über die Dimensionen der Tschernobyl-Folgen informiert zu werden, um Lehren für das zukünftige Handeln ziehen zu können. Immerhin müsse man angesichts der wesentlich höheren Bevölkerungsdichte in Deutschland damit rechnen, daß nach einem Super-GAU etwa im Atomkraftwerk Biblis möglicherweise die 10-fache Opferzahl zu beklagen wäre.

„Es stellt sich aber auch generell die Frage nach den Entscheidungsgrundlagen der Politik“, so Paulitz. „Politische Richtungsentscheidungen mit sehr weitreichenden Auswirkungen für die Bevölkerung basieren sehr häufig auf wissenschaftlichen Einschätzungen. Wir können den Vorgang nicht einfach so hinnehmen, daß internationale Organisa-

tionen wie die IAEA und die WHO der Öffentlichkeit Forschungsergebnisse bewußt vorenthalten und der Politik falsche Entscheidungsgrundlagen liefern. Hier müssen Konsequenzen gezogen werden. Wir kennen das Problem auch vom deutschen Bundesamt für Strahlenschutz. Jahrelang dementierte die Behörde, daß es erhöhte Kinderkrebsraten in der Nahumgebung von deutschen Atomkraftwerken gibt. Erst auf Druck der IPPNW überprüfte das Bundesamt schließlich die Forschungsergebnisse des Umweltinstituts München und bestätigte diese.“

Auch die Diskussion um einen zweiten Tschernobyl-Sarkophag zeigt nach Ansicht der IPPNW, wie wichtig eine seriöse wissenschaftliche Forschung ist. So gebe es ernst zu nehmende wissenschaftliche Hinweise darauf, daß das radioaktive Inventar des Katastrophenreaktors während des

Unfalls größtenteils freigesetzt wurde und von dem Reaktor heute praktisch keine Gefahr mehr ausgehe. „Statt aber diese Einschätzung des renommierten Moskauer Kurt-schatov-Instituts für Atomenergie ernsthaft zu überprüfen, geben die westlichen Regierung lieber Milliarden von Steuergeldern für westliche Gutachterorganisationen und für große Baukonzerne aus, die den möglicherweise überflüssigen zweiten Sarkophag bauen sollen. Für medizinische Hilfsmaßnahmen für die Bevölkerung werden hingegen fast keine staatlichen Mittel zur Verfügung gestellt.“

„Die gegenwärtige Politik, auch universitäre Forschung zunehmend über Drittmittel zu finanzieren, wird die Unabhängigkeit und Seriosität der Wissenschaft nicht erhöhen“, so Paulitz. „Inzwischen werden schon Lehrstühle von großen Atomkonzernen wie E.ON co-finanziert.“ ●

## Atomwirtschaft

# 20 Jahre nach Tschernobyl – und kein bißchen weise

**Mit aller Macht und alter Propaganda versucht die Atomlobby wieder die nukleare Karte auszuspielen: Ressourcenverknappung, Klimaschutz und die Rede von „Öl und Gas als Waffen im strate-**

**gischen Energiepoker“ sollen die Politik zur Rückkehr in die Atomgläubigkeit bewegen. Wissenschaftler halten dagegen, erwarten in Europa ohnehin einen Rückgang der Strompro-**

**duktion – und zwar sowohl in relativen als auch in absoluten Zahlen. Dr. Lutz Mez, Hochschullehrer am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft und Geschäftsführer der Forschungsstelle Umweltpolitik der Freien Universität Berlin, veröffentlichte anlässlich des 20. Jahrestages von Tschernobyl in der Zeitschrift „Osteuropa“ einen Beitrag zum Thema „Auslaufmodell? – Die Zukunft der Atomenergie in der EU“.**

„Die EU-Staaten stehen unterschiedlich zur Atomenergie. Sieben Staaten nutzen sie, zwei haben ihre Reaktoren stillgelegt, sechs betreiben den Ausstieg. Die übrigen zehn haben keine Atomprogramme. Vermutungen, dass es nach der Osterweiterung der EU zu Standortverlagerungen von West nach Ost kommen würde, sind unbegründet. Aus Sicherheitsgründen werden acht Reaktoren stillgelegt. Die EU und westliche Geldgeber stellen dafür über eine Milliarde Euro zur Verfügung. Gleichzeitig sollen eingemottete Atomkraftwerke fertiggestellt werden. Ein Reaktor ist in Bau, neue sind geplant. Wegen der Liberalisierung der Stromwirtschaft ist der Neubau von Atomkraftwerken kaum mehr zu finanzieren.“ So charakterisiert Mez den Status quo.

Der Ausstieg aus der Atomenergie habe bereits Ende der 1970er Jahre in den USA begonnen, stellt er fest. „Nach der Kernschmelze im Reaktor TMI-2 in Harrisburg, Pennsylvania 1979, wurden fast zwei Drittel der US-AKW-Projekte storniert. In Europa wurden die Atomprogramme in Österreich und Deutschland ad acta gelegt. Nach 1986 entschieden sich Italien, die Niederlande, Belgien, Schweden und Deutschland zum Ausstieg aus der Atomenergie und

setzten diesen Beschluss zum Teil auch bereits um. In Spanien und der Schweiz gibt es ein Atommoratorium.“ (Mez 2006, S. 155)

Etwas anders sei die Entwicklung in Osteuropa. Nach Tschernobyl konnte die Anti-AKW-Bewegung in der Sowjetunion im Zeichen von Glasnost und Perestrojka zwar Baustopps bei Atomprojekten und ein Atommoratorium erreichen, aber nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion hätten die Technokraten im Energiesektor die alten Programme und Projekte weiterverfolgt“, so Mez.

Für die Europäische Union bedeute der Betrieb, besonders der „Hochrisikoreaktoren“ der russischen Baureihen, ein grundsätzliches Sicherheitsproblem. Auch westliche Baureihen weisen gravierende Sicherheitsmängel auf und verursachten bereits Stilllegungen, wie die des rheinland-pfälzischen Atomkraftwerks Müllheim-Kärlich.

Nach einer Betrachtung der weltweiten Atomprogramme, folgert Mez, daß von einer Renaissance der Atomkraft keine Rede sein kann. „Die sechs größten Betreiberländer (USA, Frankreich, Japan, Rußland, Deutschland und Südkorea) sind teils Atomwaffenstaaten und produzieren drei Viertel des gesamten Atomstroms. Weltweit beträgt der Anteil der Atomkraftwerke an der Stromerzeugung 16 Prozent. Das entspricht 6 Prozent des Primärenergieverbrauchs und zwei bis drei Prozent des weltweiten Energieverbrauchs. Damit ist der Beitrag der Erneuerbaren Energien zur Umweltentlastung und zum Klimaschutz deutlich höher als der der Atomkraft.“ (Mez 2006, S. 156)

Die Atomlobby hat keinen Grund, Morgenluft zu wittern. Auch wenn der russische Präsident gerade vollmundig Erklärungen über den Ausbau des russischen Atompro-

gramms kundtut. Diese Planungsdaten stehen seit 20 Jahren in den Büchern.

Bei genauem Hinsehen stellen nämlich die Altlasten der industriellen Nutzung des Atoms ein technisch und finanziell kaum zu bewältigendes Problem für Industrie, Wirtschaft und Gesellschaft dar. Mit den strahlenden und giftigen Hinterlassenschaften, dem Müll der Atomgeschichte, wird je nach gesellschaftlicher Konstitution und Kaufkraft mehr oder weniger sorgfältig umgegangen. Die Regulatoren der Anlagenüberwachung kommen mangels Kompetenz und finanziellen Möglichkeiten ihrer Aufgabe kaum nach.

Da die Atomenergienutzung in Deutschland nur durch den Abbau von Uran in anderen Teilen der Welt ermöglicht wird, läßt sich schon heute vielfältig die durch diesen Ressourcenabbau verursachte Verseuchung von Mensch und Umwelt betrachten. Alte und verlassene Minen in den USA, Kanada, Australien, Afrika, Rußland und Zentralasien, aber auch Altabbaugebiete des Wismut-Uranabbaus in Deutschland, lassen die Geigerzähler hoch ausschlagen. Vielerorts ist kein Verursacher mehr zur Verantwortung zu ziehen und die Bevölkerung ahnt nichts von den verdeckten Altlasten. Diese gesellschaftlichen Atom-Kosten werden in Debatten um Laufzeitverlängerung und Energiezukunft unter den Teppich gekehrt und den nachfolgenden Generationen überlassen. Die Kosten des sogenannten Rückbaus von stillgelegten Atommeilern sowie der Verbleib der giftigen und strahlenden Rückstände dieser Risikotechnologie müssen ebenfalls unter die Lupe genommen werden.

„Für mich sind die Energieträger kein Problem“, erklärte Prof. Paul Hans Brunner von der Technischen Universität in Wien im Gespräch mit Strah-

lentelex. „Wir haben die solare Einstrahlung. Wir können von dieser solaren Einstrahlung wunderbar leben. Wir müssen das endlich technologisch auf die Schiene bringen. Heute ist es noch immer so, daß die Erdölprodukte zu billig sind. Und solange das Erdöl so billig ist, werden wir uns nicht darum kümmern, Geld in die Technologieentwicklung zu stecken und neue Energieformen zu entwickeln. Wir brauchen neue Technologien, mit denen wir die Solarstrahlung direkt, mit viel geringerem Umweg in nutzbare Energieformen umwandeln.“

**Inge Lindemann**

Lutz Mez: Auslaufmodell? – Die Zukunft der Atomenergie in der EU; Osteuropa, 56. Jg., 4/2006, S. 155-168

Felix Matthes, Mythos Atomkraft. Ein Wegweiser, Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin 2006.

Broder J. Merkel et al., Uranium in the Environment, Mining Impact and Consequences, Heidelberg 2006.

Wise Uranium Project im Internet unter [www.wise-uranium.org](http://www.wise-uranium.org) ●

## Atomwirtschaft

# Bundesrechnungshof warnt vor Schuldenloch bei CERN

Der Bundesrechnungshof hat den Bundestag alarmiert, weil eine Finanzkrise der Europäischen Kernforschungs-Organisation CERN teure Folgekosten für die deutschen Steuerzahler verursacht. Dabei habe die Bundesregierung hinter dem Rücken des Bundestages finanzielle Pflichten in dreistelliger Millionenhöhe übernommen, kritisieren die Rechnungsprüfer in einem Bericht an den Haushaltsausschuß, aus dem die „Rheinische Post“ am 7. März 2006 zitierte. Ursache sei eine Kostenexplosion beim Bau des neuen Teilchenbeschleunigers im CERN-Labor zur Erforschung der Elementarteilchen in Genf